

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

364

Wien, am 17. Dezember 1935.

Erster Budgetbericht.

Sitzung vom 17. Dezember 1935.

An die nichtöffentliche Sitzung der Wiener Bürgerschaft schloss sich eine öffentliche an, in der die in der nichtöffentlichen Sitzung vorberatenden Gesetzesvorlagen zum Beschluss erhoben wurden.

Hierauf trat die Wiener Bürgerschaft in die Beratung des Rechnungsabschlusses 1934 und des Voranschlags 1935, der Bilanzen der städt. Unternehmungen 1934 und der Wirtschaftspläne 1935 sowie der Berichte des Rechnungshofes und des Kontrollamtes über das Verwaltungsjahr 1934 ein.

Die Verhandlung leitete Obersenatsrat Dr. Neumayer mit einem ausführlichen Bericht ein, in dem er zunächst den äusseren Aufbau des Rechnungsabschlusses und des Voranschlags darlegte. Es war das Bestreben der Stadtverwaltung, die Gleichförmigkeit des Budgets zu wahren und die Uebersichtsmöglichkeit zu erhöhen. In allen übrigen Beziehungen wurden die Einrichtungen des Voranschlags 1935 durchaus beibehalten. Eine Aenderung bedarf aber der besonderen Hervorhebung. Im ersten Entwurf des Voranschlags für das kommende Jahr war daran gedacht, nur die Restkredite aus dem ausserordentlichen erweiterten Investitionsprogramm ersichtlich zu machen. Die Erwägungen aber, die bei der Abfassung des Bundesbudgets durch den ^{Herrn} Finanzminister angestellt wurden und die ihn veranlassten, ein einheitliches Gesamterfordernis einschliesslich des Arbeitsbeschaffungsprogrammes aufzustellen, haben den Herrn Bürgermeister veranlasst, schon jetzt nach Wegen zu suchen, die eine zusätzliche Aufwendung für die Arbeitsbeschaffung ermöglichen. Hierbei ergeben sich zwei Möglichkeiten. So kann sowohl die im Jahre 1934 vorläufig erfolgte Bestreitung der Aufwendungen des Investitionsprogrammes zu einer definitiven gestaltet als auch die im Voranschlag 1935 vorgesehene Bestreitung der ersten Tilgungsrate des Ueberbrückungskredites aus dem Schatzscheinkredit 1935 fallen gelassen und dafür diese Tilgungsrate aus der laufenden Gebarung bestritten werden. Es stehen für das Jahr 1935 aus dem in diesem Jahr aufgekommene Schatzscheinkrediten 9 Millionen S zur Bestreitung der Kosten des Investitionsprogrammes zur Verfügung, so dass also um den gleichen Betrag weniger Hypothekarkredite aufgenommen werden müssen. Aus dem gesamten ursprünglichen Hypothekarkredit sind auf diese Weise 19 1/3 Millionen S freigemacht, die für zusätzliche Arbeitsbeschaffung zur Verfügung stehen. Die Stadt Wien wird somit um diesen Betrag mehr Arbeit vergeben können, ohne dass der von der Wiener Bürgerschaft genehmigte Stand der Verschuldung im kommenden Jahre aus diesem Titel eine Erhöhung erfahren wird. Die Gesamtaufwendungen aus dem Titel der Arbeitsbeschaffung werden nunmehr in das Budget eingebaut und als Gruppe VII unter der Bezeichnung "Arbeitsbeschaffung" dar-

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien, am

gestellt. Es stehen im Jahre 1936 für Arbeitsbeschaffung an Restkrediten 35'4 Millionen S und an anderen Krediten 19'3 Millionen S, somit insgesamt 54'7 Millionen S zur Verfügung.

Der Referent erläutert sodann den Rechnungsabschluss für das Jahr 1934, der einen gebührenmässigen Gebarungüberschuss von 63.474 S ergibt. Dieses Ergebnis ist einzig und allein darauf zurückzuführen, dass in diese Rechnung selbstverständlich auch das Erträgnis des eigens zum Zwecke der Defizitdeckung seinerzeit beschlossenen Ueberbrückungskredites eingesetzt wurde. Scheidet man das Ergebnis der Schatzscheinbegebung aus, so würde sich ein Abgang von rund 39 Millionen S ergeben.

Der Steuerrückstand für 1936 zeigt insgesamt Einnahmen von 376,607.550 S und Ausgaben von 392,313.260 S voraus. Bei den Beratungen des Bundesbudgets hat die Frage der Einnahmerückstände an Bundessteuern besondere Aufmerksamkeit erweckt. Dass auch bei den städt. Abgaben Steuerrückstände auflaufen, ist insbesondere bei den gegenwärtigen Krisenverhältnissen selbstverständlich. Die Gesamtsumme des per 31. Dezember 1934 aushaftenden Einnahmerückstandes der Abgaben, und zwar, wie hervorgehoben werden muss, aller Abgaben seit ihrer Einführung beträgt 28'12 Millionen S. Wenn man diesem Betrag die Gesamtheit der seit der Einführung der einzelnen Abgaben in den Rechnungsabschlüssen nachgewiesenen Gebührensummen per insgesamt 1,949,000.980 S gegenüberstellt, so ergibt sich, dass der Rückstand an Steuerschuldsigkeiten bloss 1'44 Prozent ausmacht.

In dem im Voranschlag ausgewiesenen Ausgaben sind auch die Kosten der Arbeitsbeschaffung inbegriffen, die für das Jahr 1936 vorgesehen sind. Ausser diesen den Arbeitsmarkt beeinflussenden Ausgaben sind noch die für die einzelnen Dienststellen der Stadtverwaltung erforderlichen Investitionen in der Höhe von 4'77 Millionen S zu erwähnen. Rechnet man schliesslich die aus der Erhaltung der Gebäude und Mobilien, der Anschaffung von Einrichtung und Wäsche, der Beschaffung von Materialien und anderen Arbeitsbeschaffenden Aufträgen erwachsenden Ausgaben mit rund 34'8 Millionen S hinzu, so ergibt sich, dass aus der Hoheitsverwaltung allein ohne Berücksichtigung der gleichartigen Aufwendungen der städt. Unternehmungen rund 94'5 Millionen S unmittelbar der Wirtschaft zugeführt werden, ein Betrag, der zu der Erwartung berechtigt, dass auch im kommenden Jahr die bereits heute zweifellos feststellbare, auch vom Institut für Konjunkturforschung anerkannte und von der internationalen Beurteilung bestätigte Aufwärtsbewegung der Wiener Wirtschaft und damit auch der österreichischen Wirtschaft weiterhin anhalten wird.

Der Veranschlag weist insgesamt einen Abgang von 15'70 Millionen S aus, seine Deckung soll in Kassenbeständen und in einer bescheidenen Kreditoperation von maximal 10 Millionen S gefunden werden. Bei dieser Kredit-

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur.
FRANZ XAVER FRIEDRICH

III. Blatt

Wien, am

operation ist an eine Prolongation der im Jahre 1936 ablaufenden Tilgungsquote des Ueberbrückungskredites gedacht.

Der Berichterstatter bespricht nun die bedeutendsten Posten des Voranschlages und stellt fest, dass die Kosten für den Gesamtpersonalaufwand 36'8 Prozent des Gesamtaufwandes betragen. Das Wohlfahrtswesen wird 27'6 Prozent des Etats des Jahres 1936 in Anspruch nehmen. Obersenatsrat Dr. Neumayer bespricht sodann die einzelnen Posten des Finanzamtes. Der Nettoaufwand für die Tilgung und Verzinsung der titrierten Schuld beläuft sich auf rund 1'4 Millionen S. Die Abfahren der städt. Unternehmungen sind mit 32'5 Millionen S veranschlagt gegenüber 25'4 Millionen S, die die städt. Unternehmungen im Jahre 1934 für den Haushalt beigetragen haben. An Ertragsanteilen wird ein Betrag von 54'4 Millionen S vorausgesehen. Als neue Posten verdienen besondere Hervorhebung die bundesgesetzlich neu eingeführte Dienstvorrückungsgebühr, die mit einem Betrag von 800.000 S veranschlagt wird die Fünftelgroschenabgabe, deren Ertrag mit rund 8'8 Millionen S geschätzt wird.

Wie sehr die Einnahmen aus der eigenen Steuerhoheit Wiens zurückgegangen sind, erhellt am besten aus den Ausführungen des Wahrnehmungsberichtes des Rechnungshofes, die die heutige schwierige Lage der Stadtverwaltung erst ins rechte Licht setzen. Nach diesem Bericht ist die Wohnbau- (Mietaufwand) steuer mit rund 9'3 Millionen S, die Nahrungs- oder Genussmittelabgabe mit rund 4'4 Millionen S, die Fürsorgeabgabe mit rund 4'1 Millionen S, die Lustbarkeitsabgabe mit rund 3'7 Millionen S, die Wertzuwachsabgabe mit rund 3'5 Millionen S und einige weitere Abgaben mit Beträgen unter einer Million S in ihren Erträgen zurückgegangen; die Bierverbrauchsabgabe mit rund 3'7 Millionen S ist überhaupt in Wegfall gekommen. Dies ergibt, wie der Rechnungshof feststellt, einen Einnahmefall von rund 29'7 Millionen S.

Das Kontrollamt bringt in seinem Bericht eine Fülle kleinerer Bemängelungen und Anregungen, die vom Finanzamt, soweit sie nicht schon im Sinne des Kontrollamtes erledigt wurden, weiter in Behandlung genommen werden.

Rat Ing. Petravio erklärt namens des Berufsstandes Industrie, dass der Rechnungsabschluss und der Voranschlag an Klarheit und Durchsichtigkeit nichts zu wünschen übrig lassen, und brachte dem städt. Finanzamte die vollste Anerkennung zum Ausdruck. Die tragenden Säulen des Budgets sind die Fürsorgeabgabe und die Mietaufwandsteuer. Die Industrie sagt, dass die Mietaufwandsteuer untragbare Härten in sich birgt. Ich kann mit Befriedigung sagen, dass der Herr Bürgermeister selbst in einer Sitzung des Haushaltsausschusses der Meinung Ausdruck gegeben hat, dass ^{er} diese beiden Steuern je lieber ^{je lieber} einer Abänderung unterziehen möchte, dass aber der Zeitpunkt hierfür noch nicht gekommen ist. Nichtsdestoweniger halte ich mich für verpflichtet und bin be-

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

IV. Blatt.

Wien, am

auftragt namens der Industrie festzustellen, dass unser Wunsch dahingehend sobald als möglich die Mietaufwandsteuer einer entsprechenden Abänderung zu unterziehen und ihre Härten zu mildern. Es ist bezüglich des Finanzamtes im speziellen von unserer Seite nichts Wesentliches zu sagen. Der Herr Referent hat darauf hingewiesen, dass ein namhafter Betrag im Voranschlag für die Arbeitsbeschaffung enthalten ist. Hier möchte ich im allgemeinen sagen, dass es absolut anzuerkennen ist, dass die Bemühungen des Herrn Bürgermeisters und seiner Verwaltung darauf hinzielen, möglichst viele Beträge in dem knappen Budget für Arbeitsbeschaffung heranzuziehen, aber es gibt vielleicht noch verschiedene Möglichkeiten die Arbeitsbeschaffung noch zu erweitern. Sodann bespricht der Redner das Verhältnis der Einnahmen zu den vorangegangenen Jahren, die seit dem Jahre 1930 um 44 % zurückgegangen sind. Daraus ergäbe sich die Notwendigkeit, dass auch die Ausgaben verringert werden. Beim Bauamte ergibt sich eine Steigerung der Ausgaben von 75 % gegenüber dem Jahre 1933. Ich will mit voller Ueberzeugung feststellen, dass das Budget der Gemeinde in jedem Belange zu billigen ist und es wird Sache der Spezialdebatte sein, gewisse Wünsche vorzutragen, die im Detail beeinflussend auf die Gestaltung des Budgets sein können. (Beifall)

Frau Rat Dr. Motzko.

des Haushaltsausschusses und der Bürgerschaft, der
verweist auf den Beschluss/nach eingehender Prüfung alle Möglichkeiten
8 Mill. Polizeibeitrag zustimmte, die heute
jene Bedeckung der / die einzig mögliche ist und erklärt, dass
die Bürgerschaft für diesen Beschluss die Verantwortung zu tragen /
weil sie keinen anderen Weg sieht. Wir haben heute in der Bürgerschaft
die Fünftelgroschenabgabe bewilligt. Jene, aber

die uns in die Zwangslage gesetzt
das ist nicht unsere Verwaltung und nicht die Regierung,
haben, / das sind - und die weite Oeffentlichkeit soll das hören - alle
jene Elemente, die noch glauben, auf dem Boden unserer Heimat subversiv
wirken und den d. Frieden/der Stadt stören zu können. Diese Elementen
Lebh.
te trifft die schuldhafte Verantwortung. (Beifall)

In allen Willensmeinungen hat die gegenwärtige Verwaltung
sich im bewussten Gegensatz zur früheren Verwaltung gestellt. Wir haben
in wirtschaftlicher Beziehung dafür Beweise und ein Vergleich zeigt
uns die Aenderung des Systems. Auch in der Vorlage des Jahres 1931
waren sogenannte Investitionen beantragt, die zusammen 123 Millionen S
betrugen. Für das Jahr 1931 wurde eine Gesamteinnahme von 502 Mill. S
budgetiert. Die hier vorgesehenen Aufwendungen beanspruchten ein schwaches
Viertel der Gesamteinnahmen. Im gegenwärtigen Voranschlag ist für

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

V. Blatt

Wien, am 17. Dezember 1935

Aufwendungen aller Art eine Summe von 152 Mill. S vorgesehen. Sie macht bei Gesamteinnahmen von etwa 310 Mill. S rund die Hälfte aus. Das ist ein wesentlich anderes Verhältnis als früher. Die Rednerin verweist auf die Wohnhausbauten der früheren Gemeindeverwaltung, die unproduktiv waren und die eine zunehmende Verarmung der Wiener Wirtschaft herbeigeführt haben. In dem vorliegenden Wirtschaftsprogramm wird ein anderer Weg eingeschlagen. Die beantragten Ausgaben sind fruchtbringender Art. Sie machen sich wohl nicht gleich bezahlt, aber sie heben den Wert und die Anziehungskraft der Stadt für die Wirtschaft und den Fremdenverkehr. Diese Aufwendungen machen sich bezahlt. Darin liegt ein stark betonter Unterschied zur Verwaltung von früher. Die heutige Verwaltung ist die betonte Reaktivierung der schaffenden Kraft.

Auch in der Personalpolitik wird dieses aufbauende System verfolgt, man hat bewusst und mit ernstem Willen den Weg freigemacht für einen Grossteil der Jugend Wiens, die nicht mehr verbittert draussen steht, sondern hoffen darf zur Arbeit herangezogen zu werden. Mit besonderer Freude ist zu bemerken, dass auch die weibliche Jugend ihren gebotenen Anteil hat, auch auf Einstellung junger Arbeitskräfte bedacht genommen wird. Dafür sage ich als Vertreterin von Fraueninteressen meinen lebhaften Dank.

Schliesslich bespricht die Rednerin das Problem des Doppelverdienertums, sie bemerkt, dass die eben vorgenommene Teillösung noch manche Härten enthält, dass aber nach den Zusagen des Bundeskanzlers eine Ueberprüfung erfolgen werde, um strittige Fragen zu lösen, Fragen, die nicht von der Stadt Wien gelöst werden können. Was uns an den Bemühungen der Stadt besonders freuen darf, ist der ernste Wille vor allem dem sozialen Frieden einen Weg zu bahnen. Dem sozialen Frieden wird in bedeutungsvoller Form vorgearbeitet und der Weg gebahnt durch den Geist, der in der Verwaltung selbst herrscht und der in unseren Beratungen zum Ausdruck kommt. Der Aufbau nach dem ständischen Gedanken ist ein gewaltiges Wert, er darf aber nicht Theorie bleiben, sonderb muss in der Praxis wirksam werden. Wir haben immer mit Leidenschaftslöser und sachlicher Arbeit mit dem Willen zu einem gedeihlichen Ende zu kommen, die Verhandlungen geführt und das war früher nicht denkbar, weil die Menschen eingebunden waren in ein Parteidogma. Wir haben hier gesehen, wie der ständische Gedanke Blut und Leben gewinnt.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

VI. Blatt.

Wien, am

Rednerin bespricht sodann die Massnahmen der Stadtverwaltung zum Familienschutze, insbesondere auch ^{die} /zur Fürsorge kinderreicher Familien. Auf dem Gebiete des Wohlfahrtswesens weicht der Weg der gegenwärtigen Stadtverwaltung sehr wesentlich von dem der früheren Stadtverwaltung ab. Das Schwergewicht der Fürsorge der Stadt Wien liegt heute an der offenen Fürsorge, ander Zuschussleistung an Kinder, die in ihrer Familie leben, Die Familie darf nicht getrennt und zerstört werden. Die Anstaltsfürsorge ist immer nur ein Ersatz für die Familienfürsorge. Rednerin begrüsst die Fürsorgemassnahmen im Voranschlag für die kinderreichen Familien, insbesondere den Bau von Familienasylen. (Beifall.) Auch die Förderung der Siedlungsbewegung liegt auf dieser Linie. Rednerin verweist auch auf den erzieherischen Wert der Familienfürsorge im Dienste der Gemeinschaft und stellt fest, dass sich auch auf dem Gebiete des Schulwesens eine deutliche, bewusste Umstellung im Gegensatz zum früheren Zustand vollzogen hat. Infolge der sittlich-religiösen Erziehung weiss die Jugend, die heute aus der Schule kommt, dass sie sich auch vor einer höheren Autorität zu verantworten hat. Mit Genugtuung weist die Rednerin auf die Aenderung der Schulbücher hin, die über Oesterreichs Geschichte und Sendung die Jugend aufklären, die in- folgedessen, wenn sie heute aus der Schule kommt, weder Rassenidealen noch einem Internationalismus nachlaufen, sondern stolz darauf sein wird, Oesterreicher zu sein. (Grosser Beifall). Der Voranschlag stellt die Kontinuität der Arbeiten dar, die nach 15 Jahren Sünden in den letzten anderthalb Jahren durch die Wiener Stadtverwaltung zielbewusst im Interesse der Wiener Bevölkerung geleistet wurden. (Beifall)

Die Verhandlung wird abgebrochen. Nächste Sitzung morgen, Mittwoch, 16 Uhr.

.....